



11. Dezember 2020

Sudan: Erstmals Angreifer auf Kirche vor Gericht

Regierung und Behörden setzen weitere Zeichen für mehr Religionsfreiheit

(Open Doors, Kelkheim) – Erstmals in der Geschichte des Sudan sind in der vergangenen Woche vierzehn Personen angeklagt worden, weil sie mehrfach versucht haben eine Kirche niederzubrennen. Der Prozess ist ein weiterer Schritt zur Gewährleistung von mehr Religionsfreiheit im Land. Dazu passt die Nachricht, dass nach 15 Jahren erstmals wieder Bauland an Kirchen vergeben wurde.



Kirche in den Nuba-Bergen, wo Christen in der Vergangenheit immer wieder vor Bomben der sudanesischen Armee fliehen mussten

Übergangsregierung aktiv um Religionsfreiheit bemüht

Neun Angeklagte erschienen in der vergangenen Woche vor dem Dar-Asalam-Gericht wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an fünf Brandanschlägen. Die Taten wurden zwischen dem 18. Dezember 2019 und dem 14. August dieses Jahres verübt. Von den fünf weiteren Angeklagten muss sich einer nach Angaben von Christian Solidarity Worldwide (CSW) vor einem Jugendgericht verantworten, während die übrigen vier Verdächtigen vermutlich untergetaucht sind.

Die Anschläge galten dem Gebäude der Sudanesischen Kirche Christi in Jabarona, einem großen Slum am Stadtrand von Khartum. Nach dem letzten Angriff schickten die Täter einen Brief an die Gemeindeverwaltung von Ombada und forderten die Räumung des Platzes, auf dem sich die Kirche befindet. Sollte dies nicht innerhalb von drei Monaten geschehen, so die Verfasser, würden sie „Maßnahmen ergreifen“. Im März setzte der Minister für religiöse Angelegenheiten, Nasr al-Din Mufreh, eine Kommission zur Untersuchung der Angriffe ein.

Die nach dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir herrschende Übergangsregierung hat ihre Absicht bekundet, sich mit den Verletzungen der Religionsfreiheit des vorherigen Regimes auseinanderzusetzen. Im September kündigte sie an, den Islam als Staatsreligion abschaffen zu wollen. Im November sprach ein sudanesisches Gericht acht Kirchenführer von dem Vorwurf frei, sie hätten ihre Kirchengebäude illegal besetzt (Open Doors [berichtete](#)). Experten von Open Doors begrüßten diese Entwicklungen, zeigten sich jedoch besorgt über die pauschale Amnestie, die die Übergangsregierung an militärischen Aktionen Beteiligten gewährt hat. Zu diesen Aktionen zählten auch [Bombardements](#) von überwiegend christlichen Siedlungen in den Nuba-Bergen.

Druck auf Christen trotz positiver Entwicklungen weiterhin hoch

Auch ein aktueller Beschluss von Abdalla Ali Ahmed Idriss, dem Gouverneur des Bundesstaats al-Dschazira, unterstreicht die Bemühungen der sudanesischen Übergangsregierung, der christlichen Gemeinschaft im Sudan Glaubensfreiheit zu ermöglichen. Idriss sprach der Sudanesischen Kirche Christi drei Grundstücke für den Bau eines neuen Kirchengebäudes zu sowie ein weiteres einer evangelischen Kirche. Das letzte Mal, dass eine Kirche Bauland erhielt, war kurz nach der Ratifizierung des umfassenden Friedensabkommens im Jahr 2005.

Ungeachtet dieser positiven Entwicklungen ist der Druck auf Christen und Kirchen im Sudan nach wie vor sehr hoch. Viele Kirchen, die in der Vergangenheit zur Schließung gezwungen wurden, bleiben weiterhin geschlossen. Christen werden nach wie vor in vielerlei Hinsicht ihrer Rechte beraubt, und die Regierung betreibt weiterhin Anklagen gegen einige Kirchenleiter. Auf dem [Weltverfolgungsindex 2020](#) steht der [Sudan](#) an 7. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Aufgrund der zuletzt positiven Entwicklungen auf staatlicher Ebene dürfte das Land jedoch in der Neuauflage des Weltverfolgungsindex (erscheint am 13. Januar 2021) eine etwas bessere Platzierung einnehmen.

Quelle: CSW, Open Doors